

Adam-Karrillon-Str. 62
 55118 Mainz

Postfach 17 06
 55007 Mainz

Telefon (06131) 61 13 56
 Telefax (06131) 67 99 95

E-Mail : post@dbb-rlp.de

Rundschreiben Nr. D 2/2007

An

- a) Mitgliedsgewerkschaften des dbb rheinland-pfalz
- b) dbb jugend rheinland-pfalz
- d) dbb landesfrauenvertretung rheinland-pfalz
- e) dbb-Bezirks- und Kreisverbände

nachrichtlich

- a) Mitglieder des dbb-Landesvorstandes
- b) dbb arbeitnehmervvertretung rheinland-pfalz
- c) dbb-Ehrenvorsitzender
- d) dbb-Ehrenmitglieder
- e) dbb-Kassenprüfer

Mainz, 23.11.2007
 he/am

Demonstration am 12. Dezember 2007 in Mainz

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

wie mit unserem Rundschreiben Nummer D 1/2007 vom 15.11.2007 angekündigt, erfolgen hiermit weitere organisatorische Hinweise zur vorbezeichneten, gegen die unfairen Besoldungspläne der Landesregierung gerichteten Veranstaltung.

1. Bustransfer:

Für folgende Abfahrtsorte und -zeiten sind für dbb-Einzelmitglieder 50-Personen-Busse organisiert:

Ort	Abfahrtspunkt	Uhrzeit	Ansprechpartner
Betzdorf	Amtsgericht/ Friedrichstr.	12.15 Uhr	Ellen Piller Telefon: 0170-8621199
Hachenburg	Finanzamt/ Tilmannstr.	12.45 Uhr	
Koblenz	Parkplatz Oberwerth (Stadion)	12.30 Uhr	
Trier	Messeplatz (McDonalds)	11.30 Uhr	
Frankenthal	Benderstraße/ Am Festplatz	11.45 Uhr	Torsten Bach Tel. (d): 06233-89564
Neustadt	Parkplatz Festwiese/ Winzingerstr.	12.30 Uhr	
Kaiserslautern	Messeplatz	12.45 Uhr	

Sofern in der vorangestellten Tabelle kein Ansprechpartner verzeichnet ist, wird um eine Anmeldung bei der dbb-Landesgeschäftsstelle, Telefon 06131-61 13 56 gebeten.

Die Busse sollen gegen 18.30 Uhr in Mainz zur Rückfahrt starten.

In Abstimmung mit den Ansprechpartnern können freie Plätze im Einzelfall bei Bedarf mit DGB-Einzelmitgliedern/Nichtorganisierten belegt werden.

2. DGB-Beteiligung:

Das zuständige Gremium des DGB Bezirk West/Rheinland-Pfalz hat am 22.11.2007 die Beteiligung an der Veranstaltung beschlossen.

Wir wehren uns also gemeinsam gegen die Abkoppelung von der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung.

Damit geht einher, dass allgemeine Kosten (bspw. für die Bühne) geteilt werden.

Folge ist auch, dass die Rednerliste paritätisch besetzt wird (Folgen: siehe Punkt 4). Außerdem regeln die Mitgliedsgewerkschaften beim DGB die Verpflegungs-/Bezuschussungsfrage selbständig (Folgen: siehe Punkt 5). Auch der Bustransfer soll weitgehend getrennt nach DBB und DGB organisiert werden (vgl. vor: Punkt 1).

3. Demo-Aufruf:

Diesem Schreiben ist ein gemeinsamer Demo-Aufruf von DBB und DGB beigelegt mit der Bitte um Verbreitung.

Am unteren Ende der Seite ist ein Freifeld zur Eintragung örtlicher Ansprechpartnerinnen/Ansprechpartner vorgesehen, die im Idealfall Kenntnis vom Inhalt unserer Rundschreiben zur Demonstration haben sollten und in Kooperation mit der Landesgeschäftsstelle beispielsweise für eine Busbelegung sorgen sollten.

Wie in unserem Rundschreiben D 1/2007 bereits erbeten, brauchen wir auch Unterstützung durch in Eigenregie mitgebrachte/angefertigte Plakate, Transparente und sonstiges Demo-Material sowie Unterstützung bei der „Werbung“ für die Veranstaltung und schließlich – besonders wichtig – Mithilfe bei der ungefähren Ermittlung zu erwartender Teilnehmerzahlen.

Wir ersuchen deshalb alle örtlichen Ansprechpartnerinnen/Ansprechpartner, uns mit entsprechenden Informationen zu versorgen.

4. Kundgebung/Redebeiträge:

Wegen der Kostenteilung ist eine paritätische Rednerlistenbesetzung vereinbart. Folglich verdoppelt sich die Zahl der redebereiten Landesvorsitzenden der dbb-Mitgliedsgewerkschaften automatisch.

Der zeitliche Rahmen der Kundgebung begrenzt das Programm.

Trotzdem wollen wir versuchen, einigen Landesvorsitzenden der dbb-Gliedgewerkschaften einen kurzen Redebeitrag einzuräumen. Wir rechnen dabei auf Ihr Verständnis, dass die Letztentscheidung über die Rednerliste bei uns liegt.

Wir bitten die Landesvorsitzenden der dbb-Mitgliedsgewerkschaften, gegenüber der dbb-Landesgeschäftsstelle Mitteilung darüber zu machen, ob sie eventuell im Rahmen der Protestkundgebung einen Redebeitrag leisten wollen.

Sollte dies der Fall sein, so bitten wir um gleichzeitige Mitteilung über den geplanten Schwerpunkt der Ausführungen, denn es hat keinen Sinn, wenn alle Redner inhaltlich komplett deckungsgleiche Beiträge liefern.

Angezeigt ist vielmehr, dass Redner der unterschiedlichen Fachgewerkschaften speziell die Belastungen herausstellen, die sich aus dem Entwurf eines LBVAnpG 2007/2008 für Ihren

Organisationsbereich ergeben (Beispiel: Versorgungs-Nullrunden: BRH; Wegfall der steuerlichen Absetzbarkeit der Kosten für das häusliche Arbeitszimmer als zusätzliche Belastung: Lehrgewerkschaften). Auch die geplante Länge des Beitrags wäre anzuzeigen. Sollte ein Interessensausgleich zwischen den Rednern praktisch nicht erfolgen können, behalten wir uns eine Reduzierung auf die Vorsitzenden von DBB-Landesverband und DGB-Bezirk vor.

5. Verpflegung/Kostenzuschuss

Vereinbart ist im Rahmen der DGB-Beteiligung die Bereitstellung von insbesondere warmen Getränken.

Der DGB regelt die weitere Verpflegung über seine Mitgliedsgewerkschaften intern. Da während der Kundgebung aber keine Zwei-Klassen-Behandlung – Suppen-Esser vom DBB/Nicht-Suppen-Esser vom DGB – organisierbar ist, wird der DBB (auch wegen des zusätzlich ermittelten Kostenvolumens dafür) auf die Ausgabe einer warmen Mahlzeit verzichten.

Über eventuelle Alternativen beschließt die Landesleitung am Rande des DBB-Bundesgewerkschaftstages. Sie erhalten umgehend Bescheid über das Ergebnis.

6. Zeitlicher Rahmen:

Es ergeht nochmals der ausdrückliche Hinweis, dass auch das spätere Hinzustoßen zur bereits laufenden Kundgebung möglich und gewünscht ist. Niemand, der wegen Dienstverpflichtungen beispielsweise erst um 15.00 Uhr auf dem Deutschhausplatz sein kann, sollte sich wegen der angemeldeten nun offiziellen Anfangszeit der Kundgebung von 13.00 Uhr von einer Teilnahme an der Demonstration abschrecken lassen.

Wegen des möglichst frühzeitigen Abfangens von Landtagsabgeordneten, die zur Plenarsitzung gehen, bauen wir insbesondere auf Einzelmitglieder aus Mainz und Umgebung, denen ein frühzeitiges Erscheinen am Veranstaltungsort möglich sein dürfte.

Die letzte Plenarsitzung des Landtages Rheinland-Pfalz im laufenden Jahr ist die letzte Chance, um für die Landtagsabgeordneten vernehmbar unserem Ärger über die Art und Weise Luft zu verschaffen, wie die Landesregierung mit dem öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz umspringen will.

Wir wollen Fairness statt Verhöhnung und werden deshalb unsere Forderung nach Einmalzahlungen für 2007 und einer Linearanpassung von 2,9 Prozent bei Besoldung und Versorgung ab 1. Januar 2008 nochmals deutlich artikulieren.

Zum Schluss: Die Planung ist und bleibt im Fluss. Über Veränderungen werden Sie sofort informiert.

Mit freundlichen Grüßen

Brigitte Stopp
Landesvorsitzende

Anlage